



Gespräch mit Innenpolitikern der CDU-Fraktion

Am 07. Juli 06 folgten die CDU-Fraktionsmitglieder Günter Becker, Klaus Meiser, Georg Jungmann und Günter Heinrich einer Einladung des geschäftsführenden GdP-Landesvorstandes. In der GdP-Landesgeschäftsstelle war Gelegenheit zum offenen und konstruktiven Meinungsaustausch über wichtige Themen:

- **beabsichtigte Änderungen im SPoIG**
In Sachen Kfz-Kennzeichen-Scanning gibt es im Wesentlichen Übereinstimmung. Sinnvoll ist ein Abgleich mit polizeilichen Fahndungsdateien in „wenigen Millisekunden“ und einer sich anschließenden Speicherung nur im Falle eines Treffers. Nach Vorlage des Gesetzentwurfs durch das Innenministerium wird es eine ergebnisoffene Diskussion im Rahmen des Anhörungsverfahrens geben.
- **Konsequenzen aus der Föderalismusreform**
Bundestag und Bundesrat haben zwischenzeitlich die gesetzlichen Grundlagen zur Föderalismusreform geschaffen. Die Länder sind nun gefordert, bis spätestens Ende 2011 das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht landesspezifisch neu zu regeln. Die GdP fordert – angesichts der historischen Bedeutung dieser Aufgabe - eine umfassende Debatte unter Beteiligung aller betroffenen Organisationen, Behörden, Verbände, Gewerkschaften usw. im Sinne einer „Föderalismuskonferenz“.
- **Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich**
Auch die Beamtinnen und Beamten haben aus Sicht der GdP einen Anspruch auf Besoldungsanpassung, etwa zum Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Für die CDU-Innenpolitiker ist die-

se Erwartungshaltung nachvollziehbar. Bei den weiteren Überlegungen müssten aber auch die derzeitigen Rahmenbedingungen des saarländischen Landeshaushaltes berücksichtigt werden.

- **Einstellungsplanungen bei der Polizei**
Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen enormen Einsatzbelastung (Katholikentag, WM, Bush-Besuch usw.) wäre aus Sicht der GdP ein weiterer Rückschritt bei den Einstellungszahlen kontraproduktiv und niemandem vermittelbar. Hier wurde eine wohlwollende Prüfung zugesagt.
- **Weiterentwicklung im Beförderungsbereich**
Kritisch wurde durch die GdP-Vertreter die Entwicklung des Beförderungsbudgets und die sich hieraus ergebenden möglichen Konsequenzen für einzelne Besoldungsgruppen zum 01. Oktober dieses Jahres beschrieben. Eine gerechte und vernünftige Lösung der Probleme könnte aus GdP-Sicht erreicht werden durch ein außerhalb des normalen Beförderungsbudgets finanziertes und realisiertes Programm zur kurzfristigen Beförderung aller Obermeister nach A 9 und zur tatsächlichen Umsetzung der Funktionsbewertung A 12 / A 13.

Die Parlamentarier wiesen an dieser Stelle darauf hin, dass in den letzten Jahren die Polizei von der CDU-Landesregierung in besonderem Maße insbesondere bei Beförderungen unterstützt und berücksichtigt wurde. Ob insofern der von der GdP eingeforderte Weg jetzt realisiert werden könne, sei angesichts der Haushaltslage fraglich.

Der Landesvorstand